

Politik

Zu weiche Regeln für Lobbyisten



Foto: ddp

Korruptionsbekämpfer fordern strengere Auflagen für externe Regierungsmitarbeiter aus Verbänden und Unternehmen / Kritik an Vorschriften auch von Union und SPD

VON CHRISTIAN SALEWSKI

Korruptionsbekämpfer fordern mehr Transparenz bei der Beschäftigung externer Mitarbeiter.



Berlin - Die neuen Regeln zum Einsatz von Lobbyisten in Bundesministerien stoßen bei Abgeordneten und Fachleuten auf heftige Kritik. Eine kürzlich

beschlossene Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung sieht entgegen dem Votum des Haushaltsausschusses keine verpflichtende Veröffentlichung im Internet vor, wenn die Regierung externe Mitarbeiter einsetzt. Zudem sind befristete Arbeitsverträge von der Vorschrift nicht erfasst.

Die Anti-Korruptionsorganisation Transparency International (TI) forderte schnellstmögliche Nachbesserungen. „Die Öffentlichkeit muss sehen können, wer wann wo beschäftigt war und mit welchen Dingen derjenige sich befasst hat“, sagte der Geschäftsführer von TI Deutschland, Christian Humborg der Berliner Zeitung.

Mit der Neuregelung für den Einsatz von Mitarbeitern aus Unternehmen und Verbänden in Ministerien reagierte die Bundesregierung im Juli auf die scharfe Kritik des Bundesrechnungshofes. Dieser hatte zu Jahresanfang einen Bericht veröffentlicht, demzufolge allein zwischen 2004 und 2006 etwa 300 Vertreter von Unternehmen und Verbänden in Ministerien tätig waren und teilweise Gesetzestexte mit verfassten.

Auch innerhalb der großen Koalition stoßen die Regeln auf Vorbehalte. Die SPD-Haushaltspolitikerin Bettina Hagedorn sagte der Berliner Zeitung: „Meine Erwartung war, was die Transparenz angeht, größer.“ Die Vorschrift sei aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Steffen Kampeter, sagte: „Ich halte das nicht für ausreichend.“ Das Parlament werde sehr genau hinschauen, ob es Umgehungstatbestände geben werde. „Sie können sicher sein, dass der Haushaltsausschuss den Ministerien auf die Finger schauen wird“, so Kampeter. Zur Offenlegung der Arbeitsverhältnisse sagte er: „Ich gehe davon aus, dass das im Internet veröffentlicht und nichts verschwiegen oder verschleiert wird.“ Das Innenministerium plant allerdings keine Veröffentlichung im Internet. Das sei aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich, sagte eine Sprecherin der Berliner Zeitung.

Scharfe Kritik kam von der Opposition. Der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, sagte: „Es gibt keinerlei Grund, Schlupflöcher zu schaffen, und das sieht sehr nach Schlupfloch aus.“ Die stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Gesine Löttsch, erklärte: „Die Verwaltungsvorschrift löst das Kernproblem nicht, weil externe Mitarbeiter auch weiterhin an Gesetzen mitwirken können, wenn auch nicht in verantwortlicher Funktion.“

Berliner Zeitung, 23.08.2008

[Leserbrief »](#)

[IMPRESSUM](#) [KONTAKT](#) [AGB](#) [MEDIADATEN](#)

